

Porto zahlt
der
Empfänger!

GLB-Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz

Antwortkarte

Ich möchte:

- Falter „Sozialleistungen sind finanzierbar!“
- Stichwort: Steuerreform
- Stichwort: Privatstiftungen
- Stichwort: Abfertigung
- Stichwort: Lohnnebenkosten
- Probenummer "Die Arbeit"
- Probenummer "Volksstimme"

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Gewerkschaftlicher Linksblock OO, 4020 Linz, Melicharstraße 8, Telefon (0732) 652156, Mail glb.ooe@aon.at, Web www.glb.at, Verlags- und Herstellungsort: Linz.

Die Alternativen des GLB

Die Koalition behauptet - unterstützt von Wirtschaft und Medien - daß eine Budgetsanierung nur ausgabenseitig durch Streichung von Sozialleistungen etc. möglich sei. Wir zeigen an einigen Beispielen, daß eine Budgetsanierung auch einnahmenseitig möglich wäre:

- Aufhebung des Privatstiftungsgesetzes und volle Besteuerung der darin gebundenen Vermögen bis zum Spitzensteuersatz der Einkommensteuer
- Wiedereinführung der 1993 abgeschafften Vermögenssteuer
- Besteuerung der Zinserträge zum normalen Einkommensteuersatz statt ohne Rücksicht auf die Höhe mit 25 Prozent Kapitalertragssteuer
- Anhebung der Gewinnbesteuerung von real 17.67 auf den EU-Durchschnitt von 26.86 Prozent
- Anhebung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 7.267 € monatlich von 50 auf 62 Prozent
- Bemessung bestimmter Steuern (Kommunalabgabe...) und Abgaben (Unternehmeranteile zur Sozialversicherung...) nach der gesamten Wertschöpfung um der Rationalisierung Rechnung zu tragen
- Stärkere Progression bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer bei Anhebung der Freibeträge für kleine Vermögen
- Scharfes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung
- Eintreibung der sofort fälligen Steuerschulden der Unternehmer von 2,33 Mrd. €
- Eintreibung der Rückstände an Sozialversicherungsbeiträgen der Unternehmer in Höhe von 0,73 Mrd. €
- Einhaltung der Drittelfinanzierung des Staates für alle Pensionen
- Erfassung und Besteuerung der Spekulationsgewinne, Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer

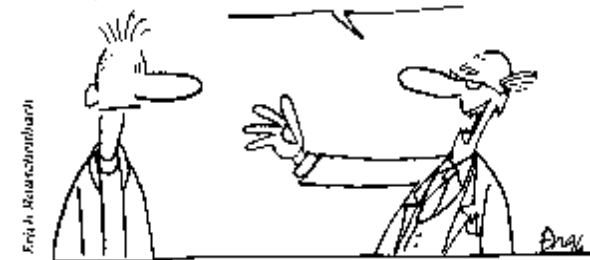
Der GLB zur Steuerdebatte:

Umverteilung - auf Kosten der Millionäre und Milliardäre!

Echt, Bob, ich bin neidisch: Ich würde wahnsinnig gern so viel verdienen, wie du Steuern zahlst.



Geht mir doch ganz ähnlich, mein Lieber. Ich würde auch wahnsinnig gern so viel Steuern zahlen, wie du verdienst. Aber deshalb bin ich doch nicht neidisch.



Soziale Steuer-
reform durch
Umverteilung



Steuerreform – aber wie?

Das Thema Steuerreform wird heftig diskutiert:

- Die FPÖ will eine solche trotz Nulldefizit noch vor der Wahl 2003 und lockt mit einem einheitlichen Steuersatz (Flat-Tax), bei dem Milliardäre mit kleinen Einkommen über einen Kamm geschoren werden.
- Die ÖVP verzögert mit Visionen einer ökosozialen Steuerreform.
- Auch die Grünen setzen auf höhere Energiesteuern um die Unternehmer zu entlasten.
- Und die SPÖ empört sich über jene Steuerbelastung, die eigentlich noch aus ihrer Regierungsära stammt.

Ein zentraler Punkt der Debatte ist die Abgabenquote. Der Anteil der Steuern und Sozialabgaben soll von 45 auf 40 Prozent des BIP gesenkt werden. Das klingt gut, weil sich alle davon eine steuerliche Entlastung erwarten. Nicht dazu gesagt wird, daß eine Senkung der Abgabenquote auch massive Einschnitte in den Sozialstaat bedeutet.

Worum es also geht ist eine Umverteilung:

- Die Einkommen der Lohnabhängigen müssen durch Senkung der Lohnsteuerbelastung gesenkt werden, um die Kaufkraft zu erhöhen und damit die Wirtschaft zu beleben.
- Gleichzeitig muß die Steuerleistung auf Kapital und Vermögen zumindest auf den EU-Durchschnitt angehoben werden. Allein durch diese Maßnahme wäre ein Nulldefizit im Budget zu erreichen.

Pensionen, Unterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, in sozialen Notlagen, Bildung, Kinderbetreuung usw. sind elementare Sozialleistungen. Das Geld dafür ist vorhanden. Daher sagen wir: Umverteilung – auf Kosten der Milliardäre! Kapital und Vermögen stärker besteuern um damit das Budget zu sanieren und den Sozialstaat zu sichern.

Seid umschlungen Milliarden...

Das sind die 25 reichsten Personen bzw. Familien in Österreich (Vermögen in Mrd. €), selbstverständlich haben sie ihr Geld in einer steuerschonenden Stiftung angelegt:

- Flick Friedrich Karl, Flick-Stiftung, 5,38
- Porsche Ferdinand, Porsche, 2,54
- Piech Ferdinand, Porsche, 2,54
- Horten-Charvat Heidi, Horten-Stiftung, 2,33
- Wlaschek Karl, Immobilien, 1,45
- Mayr-Melnhof-Saurau Franz, Karton AG, 1,45
- Esterhazy Melinda, Stiftung, 1,09
- Herzl Manfred, Delka, Stiefelkönig, 1,09
- Langes-Swarowski Gernot, Swarovski, 1,02
- Kahane Emil Alexander, Jungbunzlauer, 0,87
- Stronach Frank, Magna, 0,87
- Meinl Julius, Meinl, Meinlbank, 0,73
- Palmers Gunilla, Palmers, 0,73
- Pappas Alexander, Mercedes, Alpine, Automobil AG, 0,73
- Poppmeier Fritz, Spar, 0,73
- Kaufmann Michael, Frantschach, 0,73
- Falk Kurt, Familiapress, 0,73
- Zumtobel Jürg, Zumtobel, Staff, 0,73
- Turnauer Stanislaus, Constantia, AMAG, 0,73
- Mateschitz Dietrich, Red Bull, 0,73
- Reisch Hans, Spar, 0,73
- Sohmen Helmut, World Wide Shipping, 0,73
- Liechtenstein Hans Adam, Liegenschaftsverwaltung, 0,73
- Leiner Rudolf, Leiner, Kika, 0,73
- Koch Herbert, Kika, Leiner, 0,73

Angaben laut "profil" und "trend"

Milliardäre gehen stiften...

Unter der Regie des damaligen SPÖ- Finanzministers Ferdinand Lacina wurde 1993 das Privatstiftungsgesetz geschaffen. Heute sind in ca. 2.300 Stiftungen zwischen 29 und 44 Mrd. € steuerschonend angelegt ist.

Im Unterschied zu anderen Ländern sind solche Stiftungen in Österreich nicht zur Förderung kultureller oder karitativer Belange zweckgebunden, sondern dienen einzig und allein der Steuerschonung. Nur bei Einbringung in die Stiftung sind 2,5 Prozent Steuer fällig, alle Zinserträge die innerhalb der Stiftung verbleiben sind steuerfrei. Nur für entnommene Gewinne sind 25 Prozent KEST fällig. Die angeblichen Vorteile für den „Standort“ Österreich gibt es nicht: Stiftungen zahlen faktisch keine Steuern und das angelegte Geld können sie überall in der Welt „arbeiten“ lassen.

Da die wirklich großen Gelder bereits in Stiftungen geparkt sind, ist auch die Anhebung der Eingangsteuer auf 5 Prozent nur ein Alibi um die Reichen zu schonen. Alle namhaften Superreichen haben daher ihre Gelder in Stiftungen eingebracht, genaue Informationen über die Stifter und ihre Vermögen sind das am besten gehütete Geheimnis der Republik.

Bekannt ist aber, daß neben vielen anderen Flick, Wlaschek (Ex-Billa), Palmers, Piech (VW/Porsche), Swarovski, Esterhazy, Haselsteiner (LIF), Prinzhorn (FPÖ), Bartenstein (ÖVP), Dichand (Krone), Androsch (SPÖ) und Lugner ihre Milliarden in einer Stiftung angelegt haben und damit vor der Steuerleistung „stiften“ gegangen sind...

Das Geld holen wo es liegt: Höhere Steuern auf Kapital und Vermögen. GLB.